

## Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 22. April 2013

Verfasser: Daniel Hodel

Ein Tag nach dem stadtzürcherischen Linksrutsch in der Form von Wolffs Wahl zum neuen Stadtrat, geht im bürgerlich dominierten Kanton der Courant normal weiter. Auf der Traktandenliste sind mehrere Vorstösse und Parlamentarische Initiativen der glp zu finden – zwei davon werden mit grosser Zustimmung unterstützt, nämlich die PI „**Einführung eines Reglement über die Entschädigungen der Mitglieder der Verwaltungsräte bei EKZ und GVZ**“ von René Gutknecht und die PI „**Differenzierte Lektionentafel an der Sekundarstufe**“ von Christoph Ziegler.

### **Einführung eines Reglement über die Entschädigungen der Mitglieder der Verwaltungsräte bei EKZ und GVZ** (René Gutknecht)

Diese von uns eingereichte Parlamentarische Initiative fordert die Einführung eines Reglements, welcher die Entschädigungen der Mitglieder der Verwaltungsräte regelt – analog dem Reglement bei der ZKB für die Entschädigung der Bankrätnnen. Der Kantonsrat übt die Oberaufsicht über die EKZ und die GVZ aus. In dieser Funktion sollte der KR nicht nur die Entschädigungen der Verwaltungsräte kennen, sondern er sollte diese auch in Form eines Reglements genehmigen. Die PI von René Gutknecht würde Transparenz und Sicherheit für die Verwaltungsräte besagter Unternehmungen schaffen. Mithilfe der Stimmen der SVP, EDU und Grünen kam die vorläufige Unterstützung unserer PI deutlich zustande.

### **Differenzierte Lektionentafel an der Sekundarstufe** (Christoph Ziegler)

Auch hierbei handelt es sich um eine Parlamentarische Initiative aus unseren Reihen. Christoph Ziegler möchte mit dieser PI erreichen, dass an der Sekundarstufe nicht mehr einheitliche Lektionentafeln mit für alle SchülerInnen gleichen obligatorischen Fächern gelten. Schwächere SchülerInnen sind zunehmend mit gewissen Fächern überfordert und bremsen die Klasse. Auf der anderen Seite werden viele Fächer von lernschwachen SchülerInnen im zukünftigen Berufsleben nicht gebraucht. Lernschwächere SchülerInnen wären aber sehr wohl motiviert, wenn sie Fächer besuchen könnten, die ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechen würden oder Defizite beheben, welche für die Berufsschule wichtig sind. Die Volksschule hat die Aufgabe, die Jugendlichen auf das spätere Leben vorzubereiten. Da die Wege in ein erfolgreiches Leben sehr differenziert sind, sollte auch die Schule dem gerecht werden.

Die Unterstützung der PI fand im Rat sehr viel Zustimmung und kam mit Hilfe von SVP, SP, BDP, EVP und CVP und zustande.

### **Auflösung der Abteilung «Gemeinderevisionen» im Gemeindeamt** (Jörg Mäder)

Eine Koalition aus FDP, SVP und BDP möchte mit einer Motion die Abteilung „Gemeinderevisionen“ im Gemeindeamt abschaffen. Es handelt sich hierbei um eine Abteilung, welche als Revisionsstelle für Gemeinden fungiert. Die Motionäre stören sich hierbei an einer inexistenten Unabhängigkeit der Instanzen. Das Gemeindeamt ist Aufsichts- und Kontrollorgan; zusätzlich als Revisionsstelle zu fungieren sei im Sinne einer unabhängigen Kontrolle inakzeptabel.

Wie Jörg Mäder in seinem Votum darlegt, handelt es sich beim besagten Vorstoss um einen nachvollziehbaren ordnungspolitischen Ansatz, welcher aber aus pragmatischen Gründen mehrheitlich von der glp nicht unterstützt wird. Für die Gemeinden besteht kein Zwang, mit der Abteilung ‚Gemeinderevisionen‘ zusammen zu arbeiten. Die Gemeinden sind frei in der Entscheidung, ob sie die Dienstleistung des Gemeindeamtes in Bezug auf die Revision der Gemeinderechnung in Anspruch nehmen möchten. Offensichtlich teilen viele Gemeinden die Bedenken der Motionäre nicht und entscheiden sich für den Bezug der Revisions-Dienstleistung. Aus diesem Grund macht es keinen Sinn, nun mit Hilfe einer parlamentarischen Keule diese Abteilung aufzulösen. Die Motion wurde überwiesen.

### **Kostenvorschüsse am Sozialversicherungsgericht**

Die Motion aus Kreisen der SVP verlangt eine Gesetzesrevision mit der eine zwingende Vorschusspflicht am Sozialversicherungsgericht eingeführt wird.

Diese Motion ist aus Sicht der glp überflüssig. Bereits heute können unter bestimmten Voraussetzungen Kostenvorschüsse erhoben werden. Es besteht also durchaus eine sinnvolle Regelung. Für die Änderung bestehenden Rechts gibt es keinen Anlass. Zudem sehen wir einen administrativen Mehraufwand, diesen lehnen wir konsequent ab. Die Motion wurde nicht überwiesen.

### **Mitwirkung des Staates bei der Führung des Lärmfonds (AZNF Airport Zürich Noise Fonds) (Jörg Mäder)**

Die von uns mit unterzeichnete Parlamentarische Initiative fordert mehr Transparenz in der Mittelverwendung aus dem Lärmfonds des Flughafens Zürich. Die Initianten bemängeln die vorherrschende Praxis, wie Mittel aus dem Lärmfonds gesprochen und verwendet werden. Es werden Projekte unterstützt, welche mit dem Lärmfonds-Reglement nur am Rande zu rechtfertigen sind, dies oft zum Vorteil des Flughafens. Eine Bevorteilung des Zurich Flughafen AG darf nicht sein. Ein Mitspracherecht durch den Staat wäre also wünschenswert.

Die notwendigen 60 Stimmen für die vorläufige Unterstützung sind ohne FDP und SVP, welche sich gegen die PI ausgesprochen haben, zustande gekommen.

### **Internalisierung externer Kosten Strassenverkehr (Andreas Hasler / eingereicht von Thomas Wirth)**

In der von uns eingereichten Parlamentarischen Initiative geht es darum, Kostenwahrheit im motorisierten Strassenverkehr zu erreichen. Als externe Kosten werden beispielsweise Schäden an Umwelt, Gesundheit und Infrastruktur, verursacht durch die Schadstoffe, bezeichnet. Diese Kosten werden heute nicht ausgewiesen – es gibt also keine Kostenwahrheit im Strassenverkehr. Mit der vorliegenden PI wollen wir Grünliberalen eine Veränderung diesbezüglich herbeiführen.

Die PI, welche unter Federführung von Thomas Wirth entstand, wurde mit Unterstützung der SP/Grünen/AL vorläufig unterstützt. Hauptkritikpunkte der Gegner waren, dass es sich hierbei um eine einseitige Betrachtung nur auf den individualisierten Strassenverkehr handelt – das stimmt und sollte wohl in einem neuen Vorstoss zusätzlich betrachtet werden. Wir von der glp fordern Kostentransparenz und Kostenwahrheit bei allen Verkehrsträgern.

### **Interessenbindung der Staats- und Jugendanwaltschaft (Hans Wiesner)**

Diese Parlamentarische Initiative fordert Transparenz bei Interessensbindungen von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten. Ob es heute kritische Nebenbeschäftigungen seitens der Anwälte gibt, wie Verwaltungsratsmandate oder Verbandsmitgliedschaften, wissen wir derzeit nicht. Weil Staatsanwaltschaften eher zunehmend im Fokus der Medien stehen, kann eine Offenlegung das Risiko von Skandalen etwas reduzieren. Im Sinne einer Diskussion für Transparenz unterstützen wir das Vorhaben vorläufig – es darf aber bei dieser Transparenz weder um Neugierde noch um Missgunst gehen, sondern es sollten nur Interessen offen gelegt werden müssen, welche für die Ausübung der Tätigkeit relevant sind.

Die PI wurde vorläufig von allen Parteien, ausser der CVP unterstützt.

### **Kompensation der Zürcher Bevölkerung für die systematisch überhöhten Krankenkassenprämien (Benno Scherrer)**

Diese Parlamentarische Initiative hat zwar ein wesentliches Thema zum Inhalt, dennoch muss sie als populistische Zwänge bezeichnet werden. Mit einem dringlichen Postulat hat der Kantonsrat bereits einstimmig ein klares Zeichen gesetzt. Es geht darum, dass der Kanton Zürich zuviel bezahlte Krankenkassenprämien zurückfordert – dies im Sinne einer Kompensation von insgesamt 465 Mio. Franken über drei Jahre bei Zahlungen an den Bund. Es kann nicht sein, dass die Zürcher Bevölkerung zuviel an Prämien bezahlen musste – und im Bund nun eine Lösung von den Landesvertretern der Empfängerkantone torpediert wird. Das Anliegen wäre also unbestritten, die vorliegende PI ist jedoch ein Irrweg und sollte unserer Ansicht nach nicht unterstützt werden.

Trotz unserer Haltung wurde die PI von den meisten Fraktionen vorläufig unterstützt.